

# Posener Zeitung.

Nº 227.

1850.

Sonnabend den 28. September.

## Inhalt.

Deutschland. Berlin (Oberbürgm.-Candidaten; Privatbesprech. d. Mitglieder d. Gemeinderaths; d. stadt Einkommensteuer; Rechenschaftsbericht d. Pestalozzi-Stiftung; Gesundheitszustand; Manteuffel zurückgekehrt); Breslau (d. Adelsverlust zu gemein. Verbrechen; eign. thüm. Almosensammler); Münster (Anwesenheit Manteuffels); Hamburg (die Eider von d. Dänen blockiert); Lübeck (Soldaten-Emeute zu Lauenburg); Schleswig-Holstein (Kampf erwartet); Verhandl. d. Dän. Positionen bei Eckernförde); Kiel (Verbandl. d. Landesversamml.); Schwerin (polizeil. Maßregeln geg. d. eingetroffenen Kammer-Mitglieder; Verwahrung d. Rechte Erklär. d. Präsid. Wiggers; Schreiben d. Ministr. an Wiggers); Frankfurt (neue Kasseler Ztg.); Kassel (d. Widerstand d. Beamten; niedergebrachte Stimmung d. Kurfürsten; Sympathien für Preußen; Verwahrung d. landständischen Aussch. gegen d. Bundesbeschluß); Wilhelmshaven (Verkünd. d. Bundesbeschluß).

Oesterreich. Wien (Strafe für einen Artikel üb. d. Pressegesetz; Telegrafenlinien).

Frankreich. Paris (Luftfahrt untersagt; Kampf Proudhon's und Grardin's; Entwicklung von Handel u. Gewerbeleistung; Manöver bei Versailles; Manifest d. Elsass).

Portugal (Ausbruch einer Revolution befürchtet).

Amerika (Enthusiasmus für d. Lind).

Locales. Bromberg; Inowraclaw.

Musterung poln. Truppen.

Die Verhandlung in 2. Instanz wider Hassenpflug.

Anzeigen

Potsdam, den 25. Sept. Seine Majestät der König sind von Treuenbrieken auf Sansouci eingetroffen.

Berlin, den 26. Sept. Se. Majestät der König haben Allergrädigst geruht: Den Staats-Minister Freiherrn von Schleinitz, unter Ernennung desselben zum Wirklichen Geheimen Rath, von der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu entbunden und den General-Lieutenant von Radowicz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht ist von Treuenbrieken, und Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht von Garz, sind hier eingetroffen.

Se. Exzellenz der General der Kavallerie und Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, von Wrangel, und Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Commandeer der Gren Division, Fürst Wilhelm von Radziwill, sind von Treuenbrieken hier angekommen. — Der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath und Direktor im Ministerium des Innern, von Puttkammer, ist nach Vorpommern abgereist.

Der St.-A. enthält folgende Königl. Verordnung: Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 24. Sept. c. genehmige Ich, daß unter Aufhebung des Regulativs über die Benutzung der elektro-magnetischen Staats-Telegraphen seitens des Publikums, vom 6. August v. J. und dessen Ergänzungen, so wie des bisherigen vorläufigen Tarifs, die Bestimmungen und der vorläufige Tarif des unter dem 25. Juil. d. J. abgeschlossenen Deutsch-Oesterreichischen Telegraphen-Vertrages auch auf den telegraphischen Verkehr im Innern der Preußischen Staaten in Anwendung gebracht werden und überlasse Ihnen, dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, die Ausführung dieser Bestimmung.

Belle Vue, den 26. September 1850.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegenges.) von der Heydt. von Raben. An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und an den Finanz-Minister.

Dann folgt die betreffende Bestimmung des Handelsministers vom 26. d. M.

## Deutschland.

Berlin, den 25. Sept. Die zu Mitgliedern des Gemeinderathes erwählten Männer waren gestern Nachmittag 4 Uhr auf Einladung der bisherigen vier ältesten Stadtverordneten in deren Sitzungssäale zusammengetreten, um sich über eine zu entworfene Candidatenliste für die Stellen des Oberbürgermeisters, des Gemeinderaths-Vorsteigers ic. zu besprechen und zu einigen. Wenn auch die Entwurfung der Listen zur Ausführung kam, so läßt sich doch noch nicht einmal eine Vermuthung aussprechen, auf wen die Wahl zu beiden Amtmännern wohl fallen dürfte, und es möchte auch im Interesse der etwa zu Wählenden selbst liegen, heute noch mit jeder Behauptung über die Sachlage zurückzuhalten. Ohne Ihnen daher für heute nähere Andeutungen zu geben, nenne ich Ihnen nur die Männer, deren Namen in dieser ersten Vorversammlung auf der Candidatenliste Platz gewonnen haben. Es sind dies: 1) der Bürgermeister Naunyn, 2) Stadt-Syndikus Möwes, 3) Präsident v. Patow, 4) Geheimrat Grein, 5) Geheimrat Lehner, 6) Geheimrat Krausnick, 7) Justizrat Ulfert, 8) Eisenbahn-Direktor Tournier, 9) Ober-Präsident Böttcher, 10) Steuer-Direktor Engelmann in Königsberg, 11) Stadtgerichts-Präsident Schröder, 12) Oberbürgermeister Grabow in Prenzlau. — Allgemein fiel es auf, daß der bisherige Stadtverordnete Fähndrich ganz entschieden darauf drang, den Platz des Vorsteigers vom Gemeinderath durchaus nur einen "Bürger" einzunehmen zu lassen, da doch bekanntlich nach der neuen Gemeindeordnung der papierne Bürgerbrief, auf welchen von mannigfalter Seite her so viel Gewicht gelegt worden, nicht mehr zu Recht besteht und die ganze Versammlung aus Staatsbürgern zusammengesetzt ist. Es war ein glücklicher Gedanke eines zum Mitgliede des neuen Gemeinderaths gewählten Beamten, sogleich die Bitte auszusprechen, daß man doch in dieser Versammlung keinen Unterschied zwischen Bürgern und Beamten machen, sondern sich nur als Staatsbürger ansehen möge, weil sonst

leicht ein Zankapfel unter die Vertreter der Stadt geworfen werden könnte; denn in Folge dieser Bemerkung konnte sich Mr. Fähndrich darüber aussprechen, daß er nur deshalb einen Bürger, d. h. einen Gewerbetreibenden als Vorsteher wünsche, weil dieser nach seiner Ansicht allein unabhängig sei, und der Beamte zu seinem eigenen Schaden in arge Konflikte kommen könne. Herr F. wollte also wohl sagen, die Interessen der Stadt gehen den Gewerbetreibenden mehr an, als den Beamten, der nur seines Amtes zu warten hat. — Wie man im Publikum wissen will, wird der zeitige Stadtverordneten-Vorsteher die Versammlung der Stadtverordneten am Sonnabend auflösen, und am Sonntag soll im Englischen Hause von Seiten des Magistrats und der Stadtverordneten ein gemeinschaftliches Mahl eingenommen werden.

Berlin, den 25. September. (Berl. N.) Die städtische Einkommensteuer dürfte etwa auf 360,000 Thlr. veranlagt werden. Aus 102 Bezirken sind die Listen bereits eingezogen zum Gesamtbelauf von 345,000 Thlr. Aus 8 Bezirken fehlen dieselben noch. Wie sich indes voraus sehen läßt, hat die Abschätzung in den einzelnen Bezirken in außerordentlich verschiedener Weise stattgefunden, namentlich soll hier und da der Reichthum nicht scharf genug herangezogen sein. In Folge dessen hat der Magistrat darüber berathen, ob es nicht angemessen sei, eine Revisions-Kommission zu erneuen, welche die sämtlichen Listen nach gleichmäßiger Grundlagen rektifizire. Indes ist man davon wieder abgegangen, weil auf diesem Plane sich große innere Schwierigkeiten ohne entsprechenden inneren Erfolg entgegenstellten. Alle diese Schwierigkeiten diskreditieren die Einkommensteuer immer mehr und namentlich wird man sie als städtische Steuer schwerlich wieder erheben. — Die Mitglieder des neuen Gemeinderaths waren gestern Nachmittag zu einer vertraulichen Privatbesprechung im Saale der Stadtverordneten-Versammlung versammelt, um sich über diejenigen, zur Berathung kommenden Gegenstände zu verständigen, welche sofort nach ihrer Einführung zu erledigen sein dürfen. Beschäftigte man sich bei dieser Besprechung auch mit der Wahl des Vorstechers, des Oberbürgermeisters und der Neuwahl der unbefoldeten Mitglieder des Gemeindevorstandes (Magistrat), so ist man doch hierüber noch zu keinem definitiven oder einigermaßen feststehenden Resultat, sondern nur zu einer einstweiligen Aussstellung der Kandidaten gelangt, über welche noch am nächsten Donnerstag eine nähere Besprechung vorbehalten worden ist. — Die Pestalozzi-Stiftung hat so eben ihren zweiten Rechenschaftsbericht ausgegeben, in welchem nebst den Statuten der Stiftung, deren Geschichte seit ihrem Entstehen mitgetheilt wird. Die Stiftung besitzt seit 1818 Korporationsrechte. Der Bericht beginnt mit einer That, nämlich mit der Erwerbung eines Grundstücks zwischen Pantow und Nieder-Schönhausen, und mit der Aufnahme von zehn Zöglingen unter Leitung eines Haussvaters. Der Bau wird bereits weiter geführt, um für das nächste Jahr eine ganze Familie von 25 Zöglingen unterzubringen. Der Herzog von Meiningen soll das erste Deutsche Ehren-Mitglied werden, weil derselbe der Erste unter den Deutschen Fürsten war, der einen Beitrag zu dieser Stiftung gegeben. Das Vermögen der Anstalt besteht gegenwärtig aus 10,000 Thalern. Mit dem Grundstein hat sie aber „nicht nur das Statut der Stiftung, sondern auch den größten Theil ihres verfügbaren Kapitals vergraben.“ Theilnahme thut also Noth. Ein offenes Sendschreiben an die Lehrer-Konferenzen aller Provinzen, von Hrn. Diesterweg, fordert daher auf, erneutes Interesse an einer Anstalt zu nehmen, welche den Namen des größten Deutschen Pädagogen trägt. — Der Gesundheitszustand der Hauptstadt ist jetzt im Allgemeinen ein befriedigender, weil namentlich die Cholera einen milderden Charakter angenommen hat, und es ist nur dringend zu empfehlen, die Gelegenheitsursachen derselben zu vermeiden, welche in geförter Verdauung und Erfaltung oder sonstigen Vernachlässigungen sich als so entschieden verderblich in diesem Jahre wieder evident herausgestellt haben.

Berlin, den 26. Sept. Der Herr Minister v. Manteuffel ist bereits gestern hierher zurückgekehrt. (N. Pr. Ztg.)

F. Breslau, den 25. September. Unter den Verhandlungen, welche jetzt gleichzeitig in verschiedenen Schwurgerichtshöfen der Provinz vorkommen, befinden sich 3 Untersuchungen wegen Sodomie, ein Prozeß gegen eine Kindsmörderin und eine nicht geringe Anzahl Aufzügen wegen Nothzucht. Auch Brandstiftungen, Raubmorde u. dergl. sind reichlich vertreten.

Bei Formirung des Strafantrages gegen Adlige hatte sich unsere Staatsanwaltschaft mehrmals, namentlich auch in dem gegen den Grafen Reichenbach geführten Hochverratsprozeß, in großer Verlegenheit befunden, ob sie auf Überkennung des Adels antragen solle, was jedoch stets unterblieb. Neuerdings hat der Ober-Staatsanwalt Fuchs eine allgemeine Verfügung an die Beamten der Staatsanwaltschaft im Bezirk des heutigen Appellationsgerichts erlassen, worin er bestimmt, daß dieselben „ohne Rücksicht auf bloße doctrinaire Meinungen“ in allen Fällen, wo ein Adliger ein Verbrechen begangen hat, erwägen sollen, ob nicht durch dasselbe der Adel verwirkt ist, und, wenn dies der Fall ist, die Überkennung derselben beantragen und, falls in den Erkenntnissen daraus keine Rücksicht genommen werde, die zulässigen Rechtsmittel einzulegen sollen. Zur Ausgleichung des anscheinenden Widerspruches dieser Verfügung mit §. 4 der Verfassungsurkunde (Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich) wird angeführt, daß zwar die Vorrechte des Adels, jedoch nicht dieser selbst aufgehoben, und daß, wer das allgemeine äußere Ehrenzeichen des Preußischen Staatsbürgers (die Nationalokarde) verwirkt habe, auch nicht im Besitze eines besonderen Ehrenvorzuges belassen werden könne, wenn derselbe auch keine Vorrechte mehr gewährt. Man vermuthet, daß diese Entscheidung einer bisher in entgegengesetztem Sinne ausgelegten Kontroverse auf höhere Veranlassung erfolgt sei.

Das Publikum wird jetzt durch einen sonderbaren Almosensammler in Anspruch genommen. Ein Mann, welcher als Matrose unter der Deutschen Flagge gegen Dänemark gekämpft und dabei beide Beine durch eine Kanonenkugel verloren hat, durchfährt jetzt in einem kleinen Wagen mit einem Leierkasten die Straßen der Stadt und gibt öffent-

liche Konzerte, um das Mitleiden der Vorübergehenden auf sich hinzuholen. Seine Einnahme ist sehr reichlich und verschafft ihm bequemen Lebensunterhalt. Das Pferd, welches ihn weiterbefördert, ist bereits so abgerichtet, daß es, wenn nach einem Stillstand zu wenig Neugierige sich sammeln, ohne irgend ein Zeichen des Herrn den Wagen an eine andere Stelle zieht und sich nur in einem ansehnlichen Hause dauernd aufhält. Die sehr zahlreichen Leierkünstler sind wegen des Abbruches, welchen der neue Kollege ihrer Einnahme verursacht, äußerst erbittert gegen denselben.

Unsere konstitutionelle Ressource hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, fortan politische Schriften ihrer Tendenz (o. b. entschieden konservativ) unentgeltlich zu verbreiten. Ein Komitee ist zur schleunigen Ausführung dieses Beschlusses gewählt worden.

Als Beispiel, wie gering an einzelnen Orten die Geldbeiträge für Schleswig-Holstein gewesen sind, erwähnen wir Groß-Glogau. In dieser weder kleinen noch unbemittelten Stadt, welche Sitz eines Appellationsgerichts, sowie mehrerer anderer Behörden ist und eine ansehnliche Garnison besitzt, kamen bis zum 20. September nicht mehr als 149 Thlr. 3 Sgr. 11 Pf. ein.

Münster, den 23. Septbr. (D. N.) Gestern Nachmittag 2 Uhr traf Se. Exc. der Minister des Innern, Hr. v. Manteuffel, mit dem Bahnhofe von Köln kommend in unserer Stadt ein. Derselbe wurde von den Civilbehörden empfangen und nahm sein Absteigekarier im Gerbaletschen Gasthause. Noch gestern Nachmittag besuchte der Herr Minister die neue, so wie die alte Strafanstalt, äußerte sich lobend über die dort herrschende Ordnung und drückte noch insbesondere den in der Anstalt fungirenden bartherrlichen Schwestern seinen Dank für ihre musterhafte Pflege aus. Auch das Clemens-Hospital wurde von Se. Exc. bis in das kleinste Detail in Augenschein genommen, eben so der Dom mit unseres Ackermanns Pieta und mehrere andere Kirchen. Am Abende beehrten Sie die von dem Kommandirenden General Herrn Grafen v. d. Ribben veranstaltete Gesellschaft. Heute Vormittag empfing der Herr Minister den Magistrat und eine Deputation der Stadtverordnetenversammlung im Friedenssaale des Rathauses, inspizierte die Königl. Generalkommission, wohnte im Regierungsgebäude einer Plenarsitzung bei und verließ um 11 Uhr unsere Stadt wieder, um sich zuvor der Behuf einer Besichtigung des Königl. Landgestüts, nach Warendorf und von dort nach Rehda zu begeben, von wo Se. Exzellenz auf der Eisenbahn die Rückreise nach Berlin fortsetzte.

Hamburg, den 25. September. Aus Cuxhaven wird durch den Telegraphen gemeldet, ein Hannoverscher Schiffer von Friedrichstadt berichtet, daß am 23. d. Mts. von den Dänen 40 Schiffe verschiedener Nationen aus der Eider gewiesen und der Fluß blockt sei.

(Tel. Corr. B.)

Lübeck, den 22. Septbr. (D. N.) Die Mecklenburgische Zeitung erfährt von hier, daß eine zu Lauenburg stattgefunden Emeute mehrerer Soldaten gegen den Hauptmann v. Kamele von einem preußischen Kriegsgericht untersucht worden ist und daß dem Anstifter derselben 6 Jahre Festung, den Übrigen ein- oder mehrmonatliche Gefängnisstrafe auferlegt wurden. Die Statthaltershaft hat die 6 Jahre Festung in zwei Jahre umgewandelt. Der Hauptmann v. K. wurde wegen unbekannter Nebensachen gegen die Soldaten zu 14 tägigem Simbunarrest verurtheilt. Die Lieutenanten seiner Kompanie, Graf Weisberg und Lieutenant Backmeister, welche erklärt, im Fall der Hauptmann v. K. im Dienste bliebe, ihren Abschied nehmen zu wollen, sind vom Dienste suspendirt.

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Aus Rendsburg wird vom 24sten berichtet: Kürzlich eingebrochene Dänische Gefangene haben ausgesagt, daß die gefangene Dänische Armee in diesen letzten Tagen das Abendmahl empfangen habe. Diese Nachricht in Verbindung mit einer anderen, wonach der König von Dänemark eine Proklamation an das Heer erlassen haben soll, in der es zur Bravour in der bald bevorstehenden Schlacht ermuntert werde, dürfte in diesen nächsten Tagen etwas Entscheidendes erlaufen lassen, falls es überhaupt mit der Kommunion und Proklamation seine Richtigkeit hat.

Das Auerbieten des Französischen Kapitäns Oliver, der Armee 3000 Mann ausgerüsteter Freiwilligen zuzuführen, ist abgeschlagen.

Nach Mittheilungen eines Augenzeugen haben die Dänen seit dem 22sten ihre Position bei Eckernförde dahin verändert, daß sie die Stadt selbst und die Postlinie über Windeby und weiter südlich des Windebyer Tores nicht mehr besetzt halten, sondern nur bei Tage Patrouillen dorthin senden, Nächts aber auch diese nicht so weit vorschicken und nur das Pallisadenthor schließen. Die Kriegsschiffe haben dagegen ihre bisherige Station inne und noch gestern Theil genommen an einem unbedeutenden Vorpostenkampfe auf dem Lande. Die windbyer Mühle ist gestern von den Dänen abgebrant worden, wahrscheinlich um zu verhindern, daß sie von feindlicher Seite zu Signalen gebraucht werde.

Für unsere Armee sollen, berichten die „Hamb. N.“, in den östlichen Holzungen 7000 Fäden Holz geschlagen werden, und eine große Anzahl kleinerer Oeven soll in einer Eisengießerei bestellt sein. Die Winterquartiere werden also vorbereitet und an weitere großartigere Kriegsunternehmungen scheint vorläufig nicht gedacht zu werden.

Kiel, den 24. Sept. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde die Berathung über den Ausschußbericht, wegen Aufräumung einiger Artikel des Staatsgrundgesetzes, fortgesetzt.

Vor Schlus der Sitzung wird noch der Bericht des Ausschusses über die Regierungsvorlage wegen Ausprägung von Scheidemünze angekündigt. — Lafaurie fragt, ob der Amnestieausschuss nicht bald berichtet werde, was für morgen in Aussicht gestellt wird. — Eine Anfrage von Esaußen wegen angeblicher Aeußerungen der Grafen Ranau und Hahne-Reithaus in Bezug auf Nichtanerkennung des Staatsgrundgesetzes will der Departementschef des Innern morgen beantworten.

Die Sitzung geht auf den Wunsch von 5 Mitgliedern wieder in eine geheime über.

Schwerin, den 22. Septbr. (Mecl. Ztg.) Am heutigen Tage traf ein großer Theil von Mitgliedern der aufgelösten Abgeordnetenkammer hier ein. Wie wir hören, wollten sich die Herren, und zwar jeder mit seinen politischen Freunden, zunächst als Privatleute über ihr Verhalten gegenüber dem 24. d. Mts. berathen. (Das Staatsgrundgesetz schreibt bekanntlich in §. 99. vor, daß eine aufgelöste Kammer nach 12 Wochen, vom Tage der Auflösung ab gerechnet, ohne Einberufung wieder zusammenentreten soll, wenn die Anordnung der neuen Wahlen unterlassen wird). Die Eintreffenden wurden nuntheils schon auf dem Eisenbahnhofe, theils in den Gasthäusern durch den Polizeiwachmeister Behnke aufgezählt und aufgefordert, sich alsbald im Polizeiofale einzufinden. Dort ist ihnen, mit Bezug auf ein Ministerialrezept, die Frage vorgelegt: ob sie die am 24. d. M. von dem Herrn M. Wiggers angezeigte Versammlung von früheren Abgeordneten zu besuchen gedachten, und ist jedem dabei zugleich angezeigt, daß er im Falle einer nicht klaren Antwort, nach vergeblicher Wiederholung der Frage, spätestens mit dem ersten Bahnhofe des nächsten Tages durch Zwangsmäßregeln von hier weg entfernt werden. Daselbe Präjudiz ist für den Fall angebracht, daß die Frage bejaht, und dann nicht sofort die Rechtheilnahme an der Versammlung zugesichert werde. Nur durch diese Zusicherung ist es Männer wie dem Landesfürstn. Groth-Rostock, den Gutsbesitzer Engel-Charlottenhal, Müller-Warnkenhagen, Kaufmann Havemann aus Grabow und Andern gelungen, sich den weiteren Maßregeln der Polizei zu entziehen.

Schwerin, den 23. Septbr. (Mecl. Ztg.) Gestern und heute haben unter den Mitgliedern der Rechten der für aufgehoben erklärt Abgeordnetenkammer Beisprechungen über die gegenwärtige faktische und rechtliche Lage der Dinge stattgefunden und zu dem Endresultate geführt, daß einstimmig die Abgabe einer verwahrenden Erklärung an das Gesamtministerium beschlossen und vollzogen ist. Da mehrere Mitglieder für den Augenblick nicht anwesend waren, jedoch gebeten hatten, ihnen die Theilnahme an der beschlossenen Maßregel möglich zu machen, so wird die Übergabe der Erklärung erst nach Einholung der betreffenden Unterschriften erfolgen.

Es wird noch gemeldet, daß heute Nachmittag mehrere im Hotel de Paris versammelte Mitglieder der Linken (Moritz Wiggers, Kloss, Reinhard, Wendt, Bentler, Bisch, Mecklenburg, Genzke u. a.), nachdem sie einer Aufforderung des Stadtwachtmeisters Behnke, auf dem Polizeibureau zu erscheinen, nicht Folge geleistet, durch mehrere Stadtmeier und Gendarmen dorthin abgeführt sind. Vorher hatten sie erklärt, als Abgeordnete hier zu sein, und namentlich M. Wiggers diejenigen, die ihnen Arretiren darauf aufmerksam gemacht, daß sie als solche nicht verhaftet werden dürften.

Aus zuverlässiger Quelle geht uns die Nachricht zu, daß am heutigen Tage der vielseitig gewünschte Befehl an die verschiedenen Truppenheile des Landes ergangen, die Leute aus dem Dienstjahre 1849 zu beurlauben.

Schwerin, den 23. September. (D. R.) Heute Abend ist durch die „S. B.“ nachstehende Anzeige veröffentlicht:

„Da gegen mich und viele der hier anwesenden Mitglieder der zum 24. d. M. von mir eingeladenen Abgeordnetenkammer polizeiliche Gewaltmaßregeln ausgeführt worden sind, welche den gesetzlichen Zusammentritt der Kammer unmöglich machen, so kündige ich die auf morgen anberaumte Sitzung hierdurch ab. Schwerin, den 23. September 1850. Moritz Wiggers, Präsident der zum 24. d. M. eingeladenen Abgeordnetenversammlung.“

Durch dieselbe Zeitung erfahren wir, daß M. Wiggers folgendes Schreiben erhalten hat: Da zur Kenntnis des unterzeichneten Ministeriums gekommen ist, daß der Advokat Moritz Wiggers die Mitglieder der ehemaligen Abgeordnetenkammer mittelst eines vom 15. d. M. dritten Schreibens eingeladen hat, sich am 24. d. M. zu einer Sitzung in Schwerin zu versammeln, so sieht dasselbe sich veranlaßt, den Advokaten Moritz Wiggers auf die Verordnung vom 14. d. M., durch welche das Staatsgrundgesetz vom 10. Oktober 1849 und die auf Grund desselben bestandene Landesvertretung aufgehoben sind, hiemit aufzuklären zu machen und denselben zugleich zu eröffnen, daß das unterzeichnete Ministerium jeden Versuch einer solchen Versammlung sich als Landesvertretung zu gerieren, sofort inhibieren lassen wird. Schwerin, den 18. Septbr. 1850. Großherzogl. mecl. Gesamtministerium. Gr. v. Bülow v. Schröter v. Brock.“ Dies Schreiben ist dem Präsidenten der Kammer nach Rostock gesandt.

Außerdem werden noch folgende zwei Schreiben an denselben mitgetheilt: 1) Schwerin, den 19. September 1850. Ew. Wohlgeborenen haben als Präsident der früheren Abgeordnetenkammer in Anleitung des §. 99. des Staatsgrundgesetzes vom 10. Oktober 1849 eine Sitzung der früheren Abgeordnetenkammer auf den 24. d. M. Mittags 12 Uhr, anberaumt und mich dazu eingeladen. Ich darf nicht verbieten, daß nach meiner Überzeugung der §. 99. lediglich den Fall der Auflösung der Abgeordnetenkammer und der ausgelaufenen resp. nicht vollendeten Neuwahlen bei fortwährender formaler Gültigkeit des Staatsgrundgesetzes voraussetzt, auf den gegenwärtigen Fall aber keine Anwendung leide, daher die bevorstehende Versammlung nur als intendierte Zusammentunft einzelner Staatsangehöriger in Betracht kommen kann, wobei die Eigenschaft des Einzelnen, früher Abgeordneter gewesen zu sein, gleichgültig ist. Ich sehe daher mich außer Stande, der gedachten Versammlung beizuhören. ic. Fr. Meyer. — 2) P. M. Die Unterzeichneten beehren sich, dem Hrn. Advokaten M. Wiggers auf dessen betreffende Einladungen ergeben zu erwidern, daß sie sich durch die bekannten Ministerialverfügungen hindern halten, an der am morgen angefechteten Kammeröffnung und folgeweise auch der Sitzung des Büros Theil zu nehmen. Schwerin, den 23. Septbr. 1850. ic. Ebert. Schultetus.

Nachträglich ist noch Folgendes mitzutheilen. Wie schon gemeldet, beschied die Polizei Sonntag Abend die bereits angelohmten Abgeordneten zu sich, um dieselben über den Zweck ihres Hierseins amtlich zu vernehmen. Drei erst in Folge einer Realisation erschienene Mitglieder der Linken (J. Wiggers, Türk und Napp) verweigerten die geforderte Auskunft und wurden, als sie das schriftliche Versprechen, heut früh Schwerin zu verlassen, nicht abgeben wollten, bedrängt, daß sie bei Vermeidung des Schubs binnen 2 Stunden die Stadt zu räumen hätten. Wie man hört, haben sie die Nacht in dem nahegelegenen Ostorf zugebracht. Heute Vormittag ist dort eine Versammlung der Linken gehalten worden, in welcher auch der Präsident M. Wiggers (dessen Anwesenheit in Schwerin der Polizei gestern verborgen blieb) zugegen war.

Der Schweriner Bürgerausschuss hat dem dortigen Magistrat wegen seines Verhaltens in der Verfassungsangelegenheit ein Misstrauensvotum ertheilt, und zugleich gegen den Spruch der Kommission für Verwahrung eingeklagt.

Frankfurt a. M., den 23. September. (D. R.) Heute wird hier die erste Nummer einer „Kasseler Zeitung“ ausgegeben, als deren Redakteur der Herausgeber der ehemaligen österreichischen „Frankfurter Zeitung“, Herr Wilhelm Obermüller genannt ist, während Herr von Florencourt hinter den Kulissen die bundestäglichen Geschäfte darin besorgt. Zu Gesicht gekommen ist mir die heutige Nummer noch nicht. Die Auflage ist einstweilen auf 700 Exemplare berechnet, sie hat indes erst nach Hinterlegung einer Baarsumme von 600 Rth. beschafft werden können, da kein frankfurter Drucker fühlung genug war, ohne Voranszahlung ein Blatt der kurhessischen Regierung herzustellen. Eine Kasseler Zeitung in Frankfurt: das charakterisiert die Zustände treffend und traurig zugleich. In derselben Druckerei wird übrigens an einer sehr voluminösen Proklamation des Kurfürsten gearbeitet. Ob ebenfalls gegen Voranszahlung, habe ich nicht in Erfahrung gebracht.

Kassel, den 23. September. (D. R.) Wenn die österreichische Ministerial-Presse die Zustände in Kurhessen demokratischer Unterwerfung zu schreiben will, von der selbst der intelligenter Theil der Bevölkerung, so wie die Beamtenwelt, angefressen sei, so sind das eben so gehässige Erfindungen, wie die Mitteilungen englischer und französischer Blätter über eine hessische Revolution in das Gebiet des Lärchenfallen. — Es ist der in einer wahrhaft wunderbaren Weise, wenn auch durch eine nicht beneidenswerthe Veranlassung, tatsächlich geworden Rechtssinn eines ganzen, wenn auch kleinen Volksstammes, die Achtung vor dem Gesetz und dem Aussprache der Gerichte, letztere noch älter, als der Ursprung einer in Nerv und Saft des Volkes eingewachsenen Landesverfassung, welche die Erscheinung des Widerstandes gegen die Willkür, gegen die einseitigen Alte der Gesetzgebung des Ministeriums Hassenspug hervorgerufen haben. Es liegt ein Rechtsgefühl von solcher Stärke jener Erscheinung zum Grunde, daß selbst das demokratische Element, das hier zu Lande freilich nie so bedeutend an Umfang, so drohend an Energie, so unterstützt von den Ereignissen erschien, ist, wie in Preußen vor den rettenden Thaten einer starken Regierung, diesem Rechtsgefühl gegenüber unterliegt, sein eigenes Sein aufgibt, ohne einen Kampf gewagt zu haben. Es haben zu keiner Zeit Demokraten auf kurhessischen Richterstühlen gesessen, oder Stellen in den Verwaltungsbehörden eingenommen. Die Rathlosigkeit der beiden demokratischen Vertreter im bleibenden Ständeauschusse, im Momente der Krise, machte alsbald einer völligen Zugsamkeit gegen deren konstitutionellen Bestandtheil Platz. Der Ausschuss war auch in der Zeit, als man über die Flucht der Minister, nicht über die weiteren Absichten der letzteren Kenntniß erlangt hatte, nicht im Entferntesten geneigt, in die Regierung des Landes einzutreten. Was die Behörden angeht, die bis dahin fest im Widerstande, als ihrem erkannten Rechte, beharrten, so zweifelt Niemand daran, daß sie sich mit derselben Festigkeit Maßregeln widersehen würden, die von denselben etwa in Übereilung seiner Befugnisse beschlossen werden sollten. Allein auch an solche ist jetzt nicht zu denken. — Kann man eine so streng gesetzliche Haltung des Volkes Revolution nennen? Kann man solche Beamten für Parteimänner aussgeben, und noch dazu für demokratische, die im Bewußtsein treuer Pflichterfüllung, mit blutendem Herzen Annahmen widerstreben, um ihre Ehre und moralische Würde zu behaupten, Annahmen, welche den Meineid von ihnen fordern? Die Beamten hier zu Lande beklagen nichts mehr, als daß ihnen kein Ausweg gelassen ist, als im Widerstande zu verharren, als die Heiligkeit des Eides, mit dem sie zugleich Treue dem Landesfürsten, wie Bewachung der Verfassung gelobt haben, unverletzt zu erhalten. Es bekümmert sie nichts so sehr, als daß sie zur Heilung der Monarchie geschlagenen Wunde fürstlich kaum thätig seien; immer mehr bestätigt es sich, daß alle republikanischen Schätzungen sich unter seiner Leitung vereinigen würden, um bei Eröffnung der Session ohne Gnade der sogenannten Reaktion einen tüchtigen Stoß zu versetzen; man spreche selbst von einem Aufruhr an die Armee, der jedoch wohl unterbleiben dürfte, weil die Republikaner jeder Farbe wütsten, daß die Armee ihnen nicht sehr zugethan sei. — Die „Debats“ folgern in einem gewaltig langen Artikel aus dem von 52 Generalräthen mehr oder minder entschieden ausgesprochenen Wunsche einer Verfassungsrevision, daß das Land, durch das Organ der Generalräthe, die Revision der Verfassung auf die Tagesordnung setze, daß das Land die Revision wolle und zwar auf dem gesetzlichen Wege. Aus der Sprache der Generalräthe geht ferner deutlich hervor, daß das Land durch diese Revision zur Stabilität gelangen wolle, welche die Republik ihm bisher nicht gegeben habe und nicht geben könne. Frankreich fühle, was es durch die ihm durch Überraschung aufgebürdet Februar-Revolution verloren habe; es wisse, daß die Republik ihm diese Verluste nicht ersetzen könne. Es sei intrüstlich, aus der Lage geworfen worden zu sein, welche achtzehn Jahre lang sein Glück und seine Wohlfahrt schuf, und dieses Gefühl sei von den Generalräthen so tief als möglich durch den Ruf: „Revision der Verfassung!“ ausgedrückt worden. Kurz die „Debats“ geben deutlich zu verstehen, daß nur von Beseitigung der Republik und Wiedereinführung der Dynastie Orleans noch Heil und Rettung für Frankreich und die vom Socialismus bedrängte Gesellschaft zu hoffen sei.

Wien, den 23. September. (Berl. Nachr.) Hr. Klutschak in Prag ist wegen der folgenden Stelle in der summarischen Uebersicht der Tagesereignisse, welche er immer an die Spitze seines Blattes zu stellen pflegte, verurtheilt worden: „Kantone, ein strenges Preszgesetz, erhöhte Verhandlungsgebühren, Koncessionen in spe, dazu Prosoffenarreste und kriegsrechtliche Suspendirungen, das Alles zusammen genommen heißt Preszfreiheit. Die neuen Bestimmungen sind durchaus keine Förderung der Journalistik, die sich überhaupt in neuer Zeit nicht eben der Gunst der Gelehrten zu erfreuen hat.“ Hr. K. soll dabei auf eine Weise eingespiert sein, die die Indignation nur noch erhöht, und es ist ihm jeder Umgang untersagt, selbst Frau und Kind zu sehen nicht gestattet.

Wien, den 24. September. Von 1. Oktober ab sind die Telegraphie-Gebühren laut Vereinsbestimmungen ermäßigt. Die Linien von Wien nach Mailand, Venezia und Innsbruck sind für das Publikum eröffnet worden. (Tel. Corr.-B.)

### Frankreich.

Paris, den 22. September. (Köln. Ztg.) Dem Vernehmen nach hat der Polizeipräsident beschlossen, jedes Aufsteigen im Ballon, welches nicht zu wissenschaftlichem Zwecke geschieht, und somit alle die gefährlichen Lustfahrten, welche seit Kurzem als bloßes Schauspiel so häufig statt finden, streng zu untersagen. — Für L. Napoleon werden jetzt genaue Modelle aller Kriegsschiffe angefertigt, aus denen das Geschwader zu Cherbourg bestand. — Pronhon und Girardin, deren Ansichten über die zweckmäßige Einrichtung des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft stark von einander abweichen, bekämpfen sich jetzt in ihren Organen, wobei es an gegenseitigen Anschuldigungen nicht fehlt. — Seit drei Tagen müssen alle Direktoren der hiesigen Theater ihrem Polizeikommissar jeden Vormittag ein ausführliches Bulletin der Vorfistung, welche sie am Abend geben wollen, mit ihrer Namensunterschrift vorlegen. — Bei dem Kunsthändler Jeanne, der für die Legitimisten Propaganda macht, hat man gestern kleine Medaillen mit dem Bildnis Heinrichs V. weggenommen, welche am Kopftuch getragen werden sollten. — Die Nordbahn-Gesellschaft fängt an, ihre Wagen dritter Klasse mit Glasscheiben zu verschließen, und die Paris-Strasburg Gesellschaft will diesem läblichen Beispiel folgen. — Der „Constitutionnel“ hebt den wohlthätigen Einfluß hervor, welchen die von der Regierung beflogte Politik der Ordnung und des Conservatismus auf die Entwicklung von Handel und Gewerbeleiß, so wie auf das Staatsentommen gehabt haben. In den Fabrikbezirken herrscht fortwährend die größte Thätigkeit, obgleich längst die sogenannte tote oder starre Jahreszeit eingetreten sei, und der Ertrag der indirekten Steuern habe sich in den ersten acht Monaten von 1850 auf 474 Mill., d. h. auf 25 Mill. mehr belaufen, als in der entsprechenden Periode von 1849. Ob man sich unter diesen Umständen darüber wundern könnte, daß L. Napoleon auf seinen Reisen in allen Agrikultur- und Fabrikbezirken so viele Beweise von Dankbarkeit und Sympathie empfangen habe? — Bei Versailles, wohin 30,000 Mann der Armee von Paris beordert sein sollen, werden große Männer statt finden und zwei Tage dauern. Man spricht von einem Angriff und einer Vertheidigung der Stadt; jeder Soldat soll 24 Patronen erhalten und ziemlich viel Artillerie verwendet werden. Den Schluss werden eine Revue, die Verleihung von Ehrenkreuzen und die Vertheilung einer Gratifikation von 15,000 Fr. an die Soldaten machen. Auch von einem Offizier Banket im Schlosse zu Versailles ist die Rede. — Das „Bulletin de Paris“ behauptet, daß General Gayagnac trotz seiner Unpälichkeit politisch sehr thätig sei; immer mehr bestätigt es sich, daß alle republikanischen Schätzungen sich unter seiner Leitung vereinigen würden, um bei Eröffnung der Session ohne Gnade der sogenannten Reaktion einen tüchtigen Stoß zu versetzen; man spreche selbst von einem Aufruhr an die Armee, der jedoch wohl unterbleiben dürfte, weil die Republikaner jeder Farbe wütsten, daß die Armee ihnen nicht sehr zugethan sei. — Die „Debats“ folgern in einem gewaltig langen Artikel aus dem von 52 Generalräthen mehr oder minder entschieden ausgesprochenen Wunsche einer Verfassungsrevision, daß das Land, durch das Organ der Generalräthe, die Revision der Verfassung auf die Tagesordnung setze, daß das Land die Revision wolle und zwar auf dem gesetzlichen Wege. Aus der Sprache der Generalräthe geht ferner deutlich hervor, daß das Land durch diese Revision zur Stabilität gelangen wolle, welche die Republik ihm bisher nicht gegeben habe und nicht geben könne. Frankreich fühle, was es durch die ihm durch Überraschung aufgebürdet Februar-Revolution verloren habe; es wisse, daß die Republik ihm diese Verluste nicht ersetzen könne. Es sei intrüstlich, aus der Lage geworfen worden zu sein, welche achtzehn Jahre lang sein Glück und seine Wohlfahrt schuf, und dieses Gefühl sei von den Generalräthen so tief als möglich durch den Ruf: „Revision der Verfassung!“ ausgedrückt worden. Kurz die „Debats“ geben deutlich zu verstehen, daß nur von Beseitigung der Republik und Wiedereinführung der Dynastie Orleans noch Heil und Rettung für Frankreich und die vom Socialismus bedrängte Gesellschaft zu hoffen sei.

Paris, den 24. September. An der Börse sanken die Coursen, wegen eines Manifestes des Präsidenten, welches das Pariser Bulletin als von ihm ausgehend bezeichnet. Die Versailler Heerschau ist ruhig abgelaufen. (Tel. Corr.-B.)

Paris, den 21. September. (Tel. Dep. d. D. R.) Das Bulletin de Paris und die Patrie stellen den offiziellen Charakter des gestern von ihnen publizierten Manifestes des Elysée, welches die Revision zu Gunsten der Verlängerung der Präsidentschaft Louis Napoleons fordert und eventuell mit Berufung des letzteren an das ganze Volk droht, in Abrede, indem der Verfasser Latour Dumoulin darin nur seine persönliche Ansicht darstelle.

### Portugal.

Ein Brief aus Lissabon vom 11ten bestätigt die Nachrichten über die traurige Lage Portugals; man befürchtet jeden Tag den Ausbruch einer Revolution. Die Truppen gehorchen der Regierung nur mit Widerwillen.

### Amerika.

Hier ist die Politik für den Augenblick ganz in den Hintergrund getreten; man denkt und spricht nur von Jenny Lind. Die ernstesten und ruhigsten Bürger drängen sich in ihr Zimmer, um sie zu begrüßen. Sie wird in einigen Tagen im Castle-Garden debütieren, der gegen 6000 Personen fassen kann. Herr Barnum, der Dirigent, hat seinen Contrakt mit ihr abgeschlossen; sie ist jetzt auf zwei Jahre engagiert worden und soll abwechselnd in den Vereinigten Staaten und in Europa singen. Er hat eingewilligt, ihr 1000 Dollars für jedes Konzert zu zahlen und außerdem noch die Hälfte des jedesmaligen Netto-Ertrages. Man glaubt, daß die Einnahme im Durchschnitt 12,000 Dollars betragen werde und sich 20 bis 30 Mal hundert unverhüllt erhalten könnte. Sollte sich dies bewähren, so werden

Beide, Fräulein und sowohl als Herr Barnum, enormen Gewinn haben. Statt der 150,000 Dollars, die ihr Anfangs zugesichert wurden, kann sie zwei oder dreimal so viel verdienen. Die hiesigen Zeitungen enthalten täglich Bulletins über Alles, was sie vornimmt. Der Preis von 200 Dollars, den Barnum für ein patriotisches, von der Lind vorzutragendes Lied ausgesetzt hatte, ist dem durch sein Werk über Kalifornien bekannten Herrn Bayard Taylor zuerkannt worden.

### Vocales sc.

Bromberg, den 25. Sept. Der Gesundheitszustand in unserer Gegend hat sich seit etwa 4 Wochen sehr zum Nachtheile geändert, was offenbar dem auf eine große Hitz plötzlich eingetretenen Herbstwetter zuzuschreiben ist. Namentlich herrsch aber in der ganzen Gegend eine Art Dürre, die mit einem 5-tägigen Fieber verbunden zu sein pflegt, aber nur selten einen gefährlichen Charakter annimmt. Die Aerzte glauben, daß diese Krankheit uns in diesem Jahre die Cholera, die sich bis jetzt noch nirgends im Departement gezeigt hat, ableiten werde. Diesen Krankheitsscheinungen schlossen sich in letzter Zeit die Brüne und rheumatischen Fieber, die oft nervös wurden, an; beide Krankheiten haben mehr Sterbefälle hervorgerufen, ohne daß gerade das Mortalitäts-Verhältnis im Ganzen ein besonders ungünstiges genannt werden kann. — In der letzten Zeit sind hier von verschiedenen Kavallerie- und Artillerie-Regimentern Remonté-Commandos durchgekommen; ihre Zahl ist diesmal eine ungewöhnlich starke, da Ostpreußen in diesem Jahre eine besonders große Zahl Pferde für unser Militär liefert.

+ Inowraclaw, den 26. Sept. Vorgestern trafen hier 985 Recruten ein, die, zum 5. Infanterie-Regimente designiert, gestern früh ihren Marsch nach Posen fortsetzen.

Der in allen Zeitungen verfolgte Pseudo-Fürst Altieri hat auf seiner abenteuerlichen Reise auch unsern Ort berührt; er ist mit der gewöhnlichen Personenpost von Gnesen hier eingetroffen, mit derselben, neben dem Conducteur im Cabriolet sitzend, nach Thorn und von dort nach Danzig gereist, wo er aber bereits verhaftet sein soll. Sein hiesiges Auftreten ist nichts weniger als ein fürstliches zu nennen. Als man ihn, auf seine Frage nach der Passagierstube, in das unmittelbar neben dem Postgebäude gelegene Gasthaus befahl, wo alle hier eintreffenden Passagiere, die etwas zu wünschen, abzuzeigen pflegen, fing er an, über schlechte Aufwartung zu räsonnieren und sagte, er sei der päpstliche Legat, Fürst Altieri, und nicht gewohnt, in gemeinen Kneipen zu logieren. Man führte ihn darauf in die im Postgebäude befindliche Passagierstube und schickte nach dem Gasthausbesitzer, der auch sogleich erschien, um den Fremden nach Verlangen bewirthen zu lassen. Gegen diesen setzte er sein Raisonnement fort, behauptend, einem Fürsten müsse man doch anders entgegenkommen, als gewöhnlichen Menschen. Der Gasthausbesitzer setzte ihm aber in sehr verständlichen Worten auseinander, daß man keineswegs seine Behauptung, wohl aber seine fürstliche Rechtheit in Zweifel ziehe, weil er wie ein gewöhnlicher Reisender angekommen. Des Abenteurers Legitimationsversuche, die in prahlenden Worten und darin bestanden, daß er vier 50-Thalerscheine (die er in Gnesen erpreßt haben soll) und gegen 15 Rthlr. Gold vorzeigte, blieben fruchtlos; er fand an seinem Wirth einen Skeptiker, der ihn durch ehrfurchtlose Neuerungen zu dem Geständnis veranlaßte, daß er zwar nicht selbst der Fürst A., aber dessen Bruder sei. Es wurde ihm gegen Bezahlung verabfolgt, was er wünschte und man ließ ihn ungehindert passieren, weil man ihn für den Koch oder sonst irgend einen Dienner des vielleicht nachkommenden Fürsten hielt. Erst jetzt, nachdem öffentliche Blätter ihn demasquiert haben, ist er der Gegenstand des Gesprächs geworden.

### Musterung polnischer Zeitungen.

Der Gomiec Polski giebt in Nr. 73. folgenden Auszug aus einer Predigt des katholischen Geistlichen Jelowicki, die derselbe in Paris aus Veranlassung der Krakauer Feuersbrunst gehalten hat, und deren Ertrag zum Aufbau der Mutter-Gottes-Kapelle in Krakau bestimmt ist:

"An jenem Tage ruft der Herr der Heerschaaren zu Thränen! So drohte der Prophet Jesajas dem Volke Gottes, indem er die Zerstörung Jerusalems vorher verkündigte. So drohten auch unsere Heiligen unserm Volke lange Jahre hindurch, bis in unseren Tagen jener furchtbare Tag hereinbrach, wo der Herr der Heerschaaren uns zu Thränen rief!"

Seit fast 100 Jahren ruft Gott uns zu Thränen, ohne welche er uns nicht Rettung bringen kann. Niederlage auf Niederlage hat uns Schlag auf Schlag getroffen.

Ich will nicht mehr jener schweren Unglücksfälle gedenken, die wir seit 20 Jahren zum Zeugnis unserer Sünden und der Gerechtigkeit Gottes in der Welt errungen; ich will nur an die letzten 2 Jahre erinnern, wo es den Anschein hat, als ob die Weissagungen der Offenbarung Johannis an Polen bereits in Erfüllung gehen, wo die Engel des göttlichen Zornes, bereits vier an der Zahl, über unserm Lande in die Posamme gestossen haben, indem vier furchtbare Plagen über Polen gekommen sind: Hunger, Pest, Waffen und Blut, und zwar Bruderblut, das ans Neue zu Gott um Nachschreit! Und wer hat nicht vernommen in der Lust das Rauschen des Adlers, der mitten durch den Himmel fliegt, und mit lauter Stimme ruft: Wehe, wehe, wehe den Bewohnern der Erde, von den drei andern Engeln, die in die Posamme stossen sollten! (Offenb. Joh. 8, 13.)

Wehe dem polnischen Lande! Der fünfte Engel stieß in die Posamme und Krakau stand in Flammen. Und nach drei Tagen war

Die am 26. d. M. glücklich erfolgte Entbindung meiner Frau von einem gesunden Knaben zeige ich ergeben zu.

Posen, den 27. September 1850.

Zembisch, Justizrat.

Die am 27. d. M., Mittags 12 Uhr, erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, geb. Schlesinger, von einem gesunden Mädchen, zeigt Verwandten und Freunden ergeben zu.

Posen, den 27. September 1850.

J. Lichauer.

Bei G. S. Mittler in Posen ist erschienen: Die Normal-Preise und Normal-Marktorte für die Ablösung der Real-Lasten, und die Regulierung der guisherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Posen. Geh. Preis 10 Sgr.

Bekanntmachung.

Die in den Fleischschen auf dem neuen Markt, so wie hinter denselben belegenen Fleischverkaufsst

diese Mutter, dieser Ruhm und diese Zierde Polens in Asche gesunken. Vom Feuer verzehrt war diese unsre alte, hochberühmte Burg, dieser Thron und Grabstätte unserer Könige, diese Schatzkammer unserer Denkmäler, diese Wiege und Schule unserer Heiligen, diese heilige Stadt auf dem heiligen Berge und am heiligen Flusse, den so oft unsre Thränen angeschwelt haben, diese Stiftshütte unserer Heilighäuser, unser Jerusalem, unser Zion, auf das Aller Augen und Herzen gerichtet waren.

Das Feuer hat Krakau verzehrt! Wahrlich wie mit einem Donnerschlag traf Gott damit unser Herz, auf daß wir weinen.

Wir sollen weinen über die unglücklichen Opfer, die da verbrannt sind. O wäre das Feuer für sie schon das Reinigungfeuer gewesen! O führte das Lamm, welches in der Mitte der Hauptstadt steht, sie aus diesem Feuer zur Quelle des lebendigen Wassers, wo Gott abwisch alle Thränen von ihren Wangen, und der Tod nicht mehr ist, noch Trauer, noch Geschrei, noch Schmerz! (Offenb. Joh. 7, 17. und 21, 4.)

Wir sollen weinen über die vielleicht noch unglücklicheren Opfer, welche aus dieser großen Feuersbrunst ihr Leben gerettet haben!

Wir sollen weinen über unsere Hauptstadt, die von denen sogar geliebt war, die sie hassten, die vergöttert war von denen, die wie ich, mit thränen schweren, schuhschuften Augen auf sie hinblickten, die, in ihr studirten, die in ihr den freudigen Glauben an unser altes Polen empfingen; die, wie Einige von Euch vor zwei Jahren, wenn auch nur auf einen Augenblick die Gastfreundschaft ihrer Bewohner genossen, die so aufrichtig und herzlich in jenen schweren Zeiten war.

Wir sollen weinen über die Tempel des Herrn, wir sollen weinen über ganz Polen, weinen über uns selbst!

Wahrlich, der Herr der Heerschaaren hat uns an jenem Tage zu Thränen gerufen! Weinen wir also auch auf den Trümmern Krakau! Aber weinen wir so, daß unser Seufzen gehört werde in Krakau und im Himmel, und daß wir durch die Fürbitt der Mutter Gottes, die über uns weint, unter unsren Thränen erkennen: Wer Krakau verbrannt hat, und wie er dasselbe wieder aufzubauen gedenkt."

Die Verhandlung in zweiter Instanz wider Hassenspflug.

Wir haben gestern kurz die Nachricht von der Freisprechung des Angeklagten gegeben, wir holen hier das Wesentliche der Verhandlung nach:

Der Vertheidiger, Dr. Anderssen erhebt zuvor erst formelle Bedenken gegen die Rechtsbeständigkeit des ersten Erkenntnisses. Dasselbe greift über die ihm angewiesene Rechtsphäre hinaus, indem es auf Thatsachen Rücksicht nehme und für seine Entscheidung zum Grundlage nehme, welche in der Anklageschrift gar nicht erwähnt seien. Das erscheine aber als durchaus unzulässig und widerspreche auch einem in Beziehung auf das Contumacialverfahren ergangenen Urteil des Geh. Obertribunals vom 7. Sept. v. J. Auf diese der Anklageakte fremde Thatsachen, namentlich die Nöthigung der Subalternbeamten zur simulierten Übernahme des Bauunternehmens, zur Ausstellung von Quittungen u. s. w. werde er sich nur insofern einlassen, als sie nicht unberührt bleiben könnten, ohne ihnen, auch wenn sie für bewiesen gelten könnten, einen Einschluß auf das Erkenntniß einzuräumen. Der Vertheidiger wandte sich dann zur Prüfung des materiellen Theils des ersten Erkenntnisses, und stellte es zur Frage, ob es das Verbrechen der Fälschung gegen den Angeklagten mit Recht angenommen habe. Er leugnet dies aus drei Gründen. Es fehle 1. das Merkmal der widerrechtlichen Täuschung, 2. die widerrechtliche Absicht, 3. die Vereicherung. In ersterer Beziehung ist eine Täuschung weder den aufgestellten Bauunternehmern, noch der Staatsbehörde gegenüber vorhanden. Mit ersterer habe er in einem civilrechtlichen Contractsverhältnisse gestanden; der letztere habe er aber um so weniger etwas verheimlicht oder falsch dargestellt, als von dem ausschenden Baubeamten die Interessen des Staates bei solchen Bau-Unternehmungen wahrgenommen würden, gerade der Baubeamte aber ein genügendes Bauabnahmearrest ausgestellt habe. — Was die widerrechtliche Absicht und die Vereicherung betreffe, so liege nur vor, daß der Angeklagte sich die Unannehmlichkeiten und Verschleppungen durch fremde Bauunternehmer habe ersparen wollen; an einen materiellen Gewinn sei nicht zu denken. Vor der Annahme, daß der Angeklagte sich einen schmählichen Vortheil habe verschaffen wollen, schütze ihn sein bekannter Charakter. Was man auch von ihm als politischen Mann halten möge, — die Fähigkeit, schmückige Verbrechen zu begehen, habe erst der Parteigeist der letzten Lage ihm zugemuthet. — Der Vertheidiger trägt darauf an: den Angeklagten von dem ihm schuld gegebenen Verbrechen der Fälschung frei zu sprechen.

Der Oberstaatsanwalt schließt sich diesem Urtheil an. Bevor er aber auf die materielle Seite des Prozesses eingeht, wirft er noch einen Blick auf den formellen Gang desselben, und hebt namentlich hervor, daß er von Anfang an der Ansicht gewesen, es liege hier ein criminalrechtlich strafbares Verbrechen nicht vor. Diese Ansicht habe er vertreten, ohne jedoch die Selbstständigkeit des Staatsanwaltes irgendein wie beschränkt zu haben; eben so wenig sei aber von oben her gegen ihn irgend ein Einschluß geltend gemacht worden. Wenn in irgendeiner Sache die Unabhängigkeit des öffentlichen Ministeriums unbefeuert geblieben, so sei es hier. — Nach dieser Exposition stellt sich zur Sache selbst wendend, prüft der Oberstaatsanwalt zuvor erst die Frage, welches Recht hier zur Anwendung komme, und entscheidet sich für die Anwendbarkeit des gemeinen Rechts; er führt dann aus, wie nach diesem das Crimen falsi aus thatsächlichen und juristischen Gründen nicht vorliege.

Stellen sollen für das Jahr 1851 einzeln an die Meistbietenden im Wege der öffentlichen Lizitation verpachtet werden. Zu diesem Behuf ist ein Termin auf den 14. Oktober cur. Vormittags 9 Uhr auf dem Rathause vor dem Herrn Stadtrath Thayler anberaumt worden. Die Hälfte der Pacht muss im Termine selbst erlegt werden.

Posen, den 3. September 1850.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung des Schreibmaterialienbedarfs und der sonstigen Kanzeleibürden des Appellationsgerichts für das Jahr vom 1. Januar 1851 bis dahin 1852 soll dem Mindestfordernden überlassen werden.

Zur Abgabe der Gebote haben wir einen Termin auf den 16. Oktober 1850 Nachmittags um 3 Uhr in unserm Geschäftslokale vor dem Kanzleirath Wygnauki anberaumt, zu welchem Bietungslustige hiermit eingeladen werden.

Die sittliche oder wie sich der Redner ausdrückt, die unsittliche Handlungswise des Hassenspflug gebe er ganz Preis; er brandmarkte dieselbe mit einem dreifachen: un würdig, ja er sprach es als seine Überzeugung aus, daß der Angeklagte, wenn er nicht aufgehört habe, dem preußischen Staatsverbande anzugehören, wenn auch von dem Criminalrichter freigesprochen, von dem Disziplinarrichter mit schwerer Strafe belegt sein würde. — Schließlich wurde die Incorrigenz hervorgehoben, welche zwischen der Anklage und dem Urtheil erster Instanz statt finde. In diesem nämlich sei die Strafbarkeit des Angeklagten aus Thatsachen hergenommen, die nicht Gegenstand der Anklage gewesen; diese selbst aber habe sich nicht von dem Beschuß des Kreisgerichts, durch welches sie hervorgerufen, entfernen können. Dies ward denn im Sinne der Defense noch weiter ausgeführt.

Wie aber auch, schloß der Redner, die Entscheidung aussfallen möge, ob sie seine Ansicht als die richtige billige oder als unrichtig verwerfe, immer werde er in derselben den Spruch des Richters ehren, der über jede Parteistellung erhaben und ohne Rücksicht darauf, wer der Mann sei, dem heute das Urtheil gesprochen werde, ohne Liebe und ohne Hass nur nach dem strengen Recht erkenne.

Das Gericht erkannte, wie bereits gestern angegeben. Dem Urteil folgte dann eine sehr umfassende und grundliche Motivierung dieses Erkenntnisses. Im Allgemeinen sei der Auffassung beizutreten, daß in der Art, wie auf die Bauunternehmer eingewirkt worden, in dem Vortheil eines angeblich falschen Unternehmers, — ferner dahin, daß Hassenspflug die Ausstellung von Quittungen veranlaßt habe, das crimen falsi nicht liege. Das Kreisgericht begründete sein Strafurtheil aber auch durch den Umstand, daß Hassenspflug die Ausstellung eines falschen Bauabnahmen-Attestes veranlaßt, und damit die Bau-Behörde getäuscht habe. Diese Thatsache habe nicht Gegenstand der Anklage gebildet und habe sie auch nicht bilden können, da der Beschuß des Kreisgerichts, worauf die Anklage beruhe, dieselbe ihr nicht als eine solche bezeichnet habe. Wenn nun der erste Richter bei seinem Strafurtheil über den Kreis der angeklagten Thatsachen hinausgegangen, so sei darum sein Erkenntniß hinfällig und müsse aufgehoben werden. Jene Thatsache aber, welche sich auf die Ausstellung des Bauabnahmen-Attestes beziehe, sei eine solche, daß wenn sie bewiesen würde, der Aussteller sowohl als Hassenspflug, welcher die Ausstellung veranlaßt, der Fälschung schuldig sein würden. — Außerdem aber ergebe sich aus der mündlichen Verhandlung erster Instanz Grund zu prüfen, ob Hassenspflug sich dem Reich gegenüber nicht der Erpressung schuldig gemacht habe, da der Zeuge wenigstens behauptet, durch Hassenspflug, der seine Autorität als Vorgesetzter missbraucht habe, zur Ausstellung der Quittungen gezwungen worden zu sein. Aus diesen Gründen und zur weiteren Prüfung und Beschlusnahme, ob und gegen wen die neue Anklage zu richten sei, müssen die Aeten dem Staatsanwalt wiederholt vorgelegt werden.

Aus diesem Allen also ergiebt sich, daß Hassenspflug zwar von dem Verbrechen der Fälschung, wie es in der Anklage vom 9. Febr. begründet und in dem Erkenntniß erster Instanz angenommen worden, freigesprochen ist; daß ihm aber eine neue Anklage wegen Fälschung und Erpressung droht. Von welcher Behörde diese zu prüfen und event. zu erheben ist, ob von der hiesigen oder Kasseler Staats-Anwaltschaft, wagen wir in diesem Augenblicke nicht zu entscheiden. (Const. Itg.)

Berantw. Redakteur: G. G. H. Violet.

### Angekommene Fremde.

Vom 27. September.

Bazar: Die Gutsb. v. Przybuski a. Starlowic und v. Niedziewski aus Galizie.

Lantz's Hotel de Rome: Partik. Augler a. Hammerstein und Kaufm. Graff aus Bremen.

Schwarzer Adler: Gutsb. v. Potocki und Gesellschafts-Dame Fräulein v. Czapska a. Ossow; Landrat a./D. v. Moszczenski u. Gutsb. v. Bienskowski aus Wodzierzewice.

Hôtel de Bavière: Kaufm. Schmidt a. Stettin; Oberamtm. Standy a. Unislaw; Landrat v. Haza a. Samter; die Gutsb. v. Skarzynski a. Gr. Sokoln, Graf. Grabowski a. Radownic und v. Mosszczenski aus Wiatrowo.

Hôtel de Berlin: Gutsb. v. Dr. Wrucki aus Stolzyn; Dr. Sulzenberg aus Bromberg.

Hôtel à la ville de Rome: Probst Mindak aus Buk.

Hôtel de Paris: Kaufm. Händle a. Warschau; die Gutsb. v. Radonski a. Kozaklowo gora, Bialyszewski a. Gąsawa und v. Skorzewski aus Będzin.

Zum Schwan: Die Kaufm. Grunert a. Stettin u. Tebrus a. Frankfurt a./O.

### Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 29. September e. werden predigen:

Eb. Kreuzkirche. Vm.: Herr Oberpred. Hertwig — Nachm.: Herr Prediger Friedrich.

Eb. Petrikirche. Vm.: Herr Cons. Rath Dr. Siedler (Abendmahl).

Garnisonkirche. Vm.: Herr Div.-Pred. Borck.

Christuskirch. Gem. Vm. u. Nachm.: Herr Pred. Post.

Eb. Luther. Gem.: Vm. u. Nachm.: Herr Pastor Böhlinger.

Im Tempel des israel. Brüder-Vereins: Sonnabend 9½ Uhr: Festgottesdienst und Todtenfeier. — Sonntag 9½ Uhr: Festgottesdienst.

In den Parochien der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 19. bis 26. September 1850:

Geboren: 4 männl., 4 weibl. Geschlechts.

Gestorben: 4 männl., 7 weibl. Geschlechts.

Getraut: 6 Paar.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht, können auch vorher im 1. Geschäftsbüro eingesehen werden.

Jeder Licitant muß vor dem Bietungs-Termine Proben einreichen und in demselben eine Kaution von 200 Rthlr. erlegen.

Posen, den 18. September 1850.

Königliches Appellations-Gericht.

